

auflegt. Bekanntlich ist in vielen Teilen des Reiches die Getreidemenge schlecht ausgefallen, zum anderen wird es nicht leicht sein, den festgesetzten Umlagepreis von 6900 Mark pro Tonne gegen die Landwirtschaft aufrecht zu erhalten, während im freien Verkehr 1500 Mark und mehr für den Genieur bezahlt werden. Es ist wohl richtig, daß der Landwirt eine Entschädigung für diesen Ausfall in dem nicht umlagepflichtigen Getreide sehen wird, das er zu Weltmarktpreisen verkaufen kann. Wo aber die Ernte schlecht war, fällt diese Möglichkeit weg, und hier mindestens muß ein Ausgleich gesucht werden. Dieser Weg kann nur in der ganzen oder teilweisen Befreiung von der Umlage oder aber in einer höheren Preisgestaltung gefunden werden. Daß eine solche Differenzierung verschiedener Landstriche große Schwierigkeiten in sich bergen würde, ist freilich nicht zu verkennen.

Die Hamburger Demotriebe für das Rettungsmittel der Goldanleihe.

Die Demokratische Partei Hamburgs hat folgende Entschliebung gefaßt: Angesichts der täglich wachsenden Teuerung fordert der Parteiausschuß der Demokratischen Partei Hamburgs auf, bei der Reichsregierung erneut dahin vorstellig zu werden, sofort und energisch alle nötigen Maßregeln gegen den maßlosen Wucher zu ergreifen, welcher in seinen Folgen die schwersten Gefahren für die Entwicklung des Vaterlandes mit sich bringt. In der Parteiverhandlung wurde ausgeführt: Das Reich kann uns nicht helfen; was uns noch hilft, ist allein der Kredit des Hamburger Kaufmanns im Ausland. Wenn dieser Kredit erschöpft ist, dann ist die Hungersnot die unumgängliche Folge. Den Stand unserer Valuta fest das Ausland ganz nach dem Grad des Vertrauens fest, welches man zu unserer wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Lage hat. Aus der Not kann uns nur eine große Goldanleihe retten. Das ist ein schwerer Schritt, der aber getan werden muß. Diese Goldanleihe werden wir aber nur erhalten, wenn durch eine gründliche Revision des Friedensvertrages die Verhältnisse geschaffen werden sind, unter welchen der Deutsche leben kann.

Die Vereinbarungen zwischen Bayern und dem Reich.

Berlin, 25. August. Bei den letzten Besprechungen der Reichsregierung mit den beiden bayerischen Ressortministern, die am 18. August begonnen und am nächsten Tage geendigt haben, hat die Reichsregierung die gewünschten Ausführungen im Rahmen der erlassenen Gesetze und der bereits am 11. August getroffenen Vereinbarungen gegeben, es aber abgelehnt, weitergehenden Wünschen zu entsprechen. Die Errichtung eines besonderen bayerischen Senates wurde abgelehnt, aber bereit, daß die Ernennung der Mitglieder des für Süddeutschland bestimmten Senates nach Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen erfolgen solle. Diesem Senat dürfen drei bayerische Landesrichter und eine entsprechende Anzahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören. Die Länder können ferner als Landesrichter ausschließlich oder zum Teil Persönlichkeiten vorschlagen, welche die Befähigung zum Richteramt besitzen. Der Wunsch, daß der für Süddeutschland bestimmte Senat in einer süddeutschen Stadt tagen soll, wurde abgelehnt, jedoch kann jeder Senat die Vornahme seiner Amtshandlungen auch außerhalb seines Bezirkes selbständig beschließen. Bei der Ausübung des Begnadigungsrechts stellt der Reichspräsident eine Prüfungsnahme mit der Landesregierung in Aussicht. Für die Bearbeitung der bayerischen Angelegenheiten wird nach der üblichen Prüfungsnahme mit der bayerischen Regierung ein bayerischer Beamter als Referent des Oberreichsanwalts für die bayerischen Angelegenheiten bestellt. Um bayerischen Wünschen entgegenzukommen, wurden die bayerischen Vertreter auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die bayerischen Staatsanwaltschaften

regierungsseitig angewiesen seien, sich bei der Bearbeitung der Sachen gegenüber dem Oberreichsanwalt sich dahin zu äußern, ob sich die Ueberweisung an die Landesbehörden empfehlen. Selbstverständlich darf hierdurch keine Verzögerung entstehen, und sind diese Verfügungen der Staatsanwälte dem Oberreichsanwalt nicht verbindlich. Das Recht der Landesregierungen bleibt unberührt, von sich aus Bedenken gegen die Befassung des Staatsgerichtshofes mit einer Sache bei der Reichsregierung zu machen. Auf Entscheidungen des Staatsgerichtshofes in Verwaltungssachen können weder die Reichsregierung noch die beteiligten Landesregierungen Einspruch nehmen. Um bayerischen Wünschen entgegenzukommen, erklärte die Reichsregierung erneut, daß sie von den noch nicht ausgeschöpften Zuständigkeiten der Länder nicht ohne Not und soweit möglich nicht ohne Zustimmung des Reichsrates Gebrauch machen werde und daß sie nicht wißens sei, die bisherigen Aufgaben der Länder in der Verwaltung des Reiches durch neue Reichs-Mittel- oder Unterbehörden zu übernehmen. Die Gründung neuer Reichszentralbehörden wird dadurch nicht ausgeschlossen. Die bayerische Regierung hat sich nunmehr entschlossen, die Verordnung vom 24. Juli 1922 aufzuheben. Damit ist eine peinliche Episode der deutschen Verfassungsgeschichte abgeschlossen. Die Reichsregierung hofft mit allen deutschen Ländern einig zu sein in der Zusage, daß die Wiederholung einer solchen Erschütterung unseres staatlichen Lebens für die Zukunft unmöglich ist.

Dr. Seipels Italienreise.

Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin um für Deutschösterreichs Lebensnot Hilfe zu erbitten, gleicht dem Besuche, daß ein Blinder einem Nahmen helfen soll. Trotzdem war der oberste Vertreter Österreichs einer herzlichen Aufnahme in Berlin gewiß, und es ist ihm dort „die freudige Bereitwilligkeit“ ausgesprochen worden, im Rahmen des eigenen Möglichen dem bedrängten Brudervolke wo irgend möglich Hilfe zu leisten. Nun ist Dr. Seipel nach Verona gereist, um am heutigen Freitag dem italienischen Außenminister Scharzner die verheißene Lage Österreichs klarzulegen. Die Begleitmusik aus Rom, welche dieser Unterredung vorangeht, ist eigener Art. Um jede Illusion von vornherein auszuschließen, wird a priori erklärt, daß Italien weder den Anschluß Österreichs an Deutschland noch seinen Eintritt in die Kleine Entente dulden werde. Wohl aber sei Italien bereit, Österreich in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht so weit wie möglich zu unterstützen. Da bekanntlich auch Frankreich noch immer ein unbedingter Gegner des Anschlusses an Deutschland ist, so hat dieser Wunsch immer noch keine Aussicht auf Erfüllung. Um so bezeichnender aber sind die Gerüchte, welche sich in dessen in Rom breitmachen, daß nämlich Österreich den Anschluß an Italien beabsichtige. Selbstverständlich würde sich Frankreich auch dagegen wehren und nicht weniger die Kleine Entente, vor allem Jugoslawien. Niinits Organ, der Paife, spricht bereits von einem Kampf um das Protektorat über Österreich, welcher sich zwischen Italien und Frankreich entwickeln werde. Von der Hilfe, welche unbedingt sofort nötig ist, wenn Österreich nicht vorher zugrunde gehen soll, spricht niemand. Vom Völkerverbund aber, an welchen Österreich mit der Kreditfrage verwiesen worden ist, ist nichts zu erwarten. So sind die Aussichten außerordentlich trübe. Selbst wenn Deutschland es fertig bringt, dem Brudervolke in Form von Kohlen - Frankreichs Zustimmung vorausgesetzt - von seiner Armut etwas abzugeben.

Arbeitslosentrawalle in Wien.

Vor dem Wiener Parlament kam es gestern mittag auf der Ringstraße zu stürmischen Demonstrationen der Arbeitslosen, welche gegen die Nichterfüllung ihrer Forderungen seitens der Regierung lebhaft protestierten.

Während der Demonstrationen stand das Gerücht durch die sozialdemokratischen Führer Udo. Dr. Friedric Adier sei ermordet worden, wodurch die Erregung der Menge stark gesteigert wurde. Es kam zu einem kleinen Sturm auf das Parlament. Zwei Tore wurden eingeschlagen und die Türräume auf die Straße geworfen. Auch ein Stück der Wampe flürzte ein. Die Wache mußte von der Waffe Gebrauch machen. Es gelang ihr schließlich, den Platz zu räumen. Einige Demonstranten wurden leicht verletzt. Verhandlungen wurden nicht vorgenommen. Der Geschäftsviertel Wiens bemächtigte sich große Erregung. Um zwei Uhr waren fast sämtliche Geschäfte der inneren Stadt und auch die anderer Bezirke aus Besorgnis, es könnte zu Plünderungen kommen, geschlossen. Diese Furcht erwies sich aber als grundlos. Der Bürgerwehrführer nahm auch in Folge dieser Demonstration einen Schwächeren Verlauf

Kleine politische Meldungen.

Garntätigkeit der Reparationsunterhändler. Wie die Dena berichtet, steht man in den der Reparationskommission naheliegenden Kreisen die Lage als wenig aussichtsreich an. Eine positive Aussicht auf Verständigung habe sich bisher noch nicht ergeben, da ein Moratorium ohne ausreichende Pfänder nicht in Frage kommen dürfte. Ueber die Form dieser Pfänder mit der deutschen Regierung eine Verständigung zu erzielen, sei die Aufgabe der beiden Delegierten Drabburg und Mauciere. Die Pfänder selbst seien nach Ansicht der Reparationskommission das geringste, was überhaupt gefordert werden könnte. Ein Verzicht darauf komme nicht in Frage. Man sei sich, berichtet die Dena weiter, in diesen Kreisen auch darüber klar, daß Deutschland mit einem kurzfristigen Moratorium wenig gebient wäre, wenn nicht durch eine internationale Anleihe schnell die nötigen Zahlungsmittel herbeigeschafft werden würden. Ein langfristiges Moratorium könne aber schon deshalb nicht in Frage kommen, weil weder Frankreich, Italien, noch Belgien Ordnung in ihre Finanzen bringen könnten ohne die deutschen Reparationszahlungen.

Die französischen Restoritionen in Elsch-Lothringen sollen nun doch aufgehoben werden, nachdem der Straßburger Generalkommissar Poincare mündlich die Schäden der ungeheuerlichen Maßnahmen klar gemacht hat. Aber die Aufhebung soll nur in der Freigabe der Bankguthaben in Elsch-Lothringen bestehen, nicht in der Rückgängigmachung der Ausweisungen. Gerade sie hatten in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregt. Man sieht also, daß lediglich die Rücklicht auf französische Wirtschaftsinteressen und nicht irgendwelche Forderungen vor Recht und Gerechtigkeit den französischen Ministerpräsidenten zum Einlenken bestimmt haben.

Die bayerische Notverordnung endlich aufgehoben. Die verfassungswidrige bayerische Notverordnung ist nunmehr mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden. Die Ermahnungen der Franzosen auf Verfall der Reichseinheit und die Wählerleiten unverantwortlicher deutscher Helfershelfer dieser Franzosenpolitik sind zusehender geworden. Die Lehren aus dem Konflikt liegen klar zu Tage. Mögen sie für die Zukunft von allen verantwortlichen Stellen in Bayern beachtet werden.

Schwarz-rot-gold im Saargebiet verboten. Obwohl der Friedensvertrag dazu keine Handhabe bietet, hat die Regierungskommission des Saargebietes sich doch angesetzt, eine eigene Flagge für das Saargebiet zu schaffen. Jetzt ist eine neue Verordnung dieser Kommission erschienen, nach welcher nur in drillichen oder kirchlichen Farben geflaggt werden darf. Damit hat man auch die verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold im Saargebiet verboten. Das ist eine neue freche Annäherung der Bedrücker des Saarlandes!

Die deutsche Volkspartei gegen Rechtsradikalismus. In Bonnern sind zurzeit Bestrebungen im Gange, eine politische Einheitsfront der rechtsstehenden Kreise herzustellen, zu dem man auch die deutsche Volkspartei hinzuziehen wollte. Diefem Versuch tritt die Nationalliberale Korrespondenz entgegen, die die Organisation der Deutschen Volkspartei davor warnt, sich an einer Einheitsfront zu beteiligen, die in deutschnationales Fahrwasser gelenkt werden sollte. In einer Entschliebung des geschäftsführenden

Baroneß Claire.

Original-Roman von W. Herzberg. Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bür. M. Lincke, Dresden 21. (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das kann alles hierbleiben, bis ich zurückkomme. Willst du lange mich die Frau Major hoffentlich nicht aufhalten. Ich muß noch sehr fleißig Wein schneiden, und...“  
„Defen!“ rief Johanna ein.  
„Ja!“ lachte Claire. „Das ist nun einmat mein höchster Genuß.“  
„Nun gehen Sie aber, Baroneße. Ich will rasch für Sie ein paar Trauben schneiden, damit man Ihre Verkümmnis nicht bemerkt.“ drängte Johanna ängstlich.  
„Nein, das will ich nicht!“ wehrte Claire entschlossen. „Habe ich meine Pflicht versäumt, kann ich auch für die Folgen einstehen. Sie wissen, ich fürchte mich nicht.“  
„Und die besten zwanzig Pfund? Man wird sie bald holen kommen. Lassen Sie mich also nur machen. Dies hier ist eine Erholung für mich nach der Blut des heißen Herdfeuers.“  
„So danke ich Ihnen herzlich, Brüderlein Johanna!“ sagte Claire und ging.  
Wenige Minuten später trat sie bei der Vorsteherin ein. Diese sah ihr den Rücken zugewendet, ihren Eintritt scheinbar überhörend.  
„Brüderlein Johanna schickt mich zu Ihnen. Frau Major. Sie wollten mich sprechen?“  
Die Angeredete drehte sich um und blickte auf.  
Die unbedingene, ruhige Sicherheit des jungen Mädchens, ihre stolze Haltung, ihre ungewöhnliche Schönheit, welche trotz des sehr einfachen, unvorteilhaften Trauerkleides, in dem edlen Schnitt des Gewebes, dem leuchtenden Teint, der Pracht der Haare und Augen, der ganzen hohen, schlanken Gestalt zutage trat, war der Majorin nie so wie heute aufgefallen und reizten sie eben heute auch ganz besonders. Es trieb sie förmlich, Claire aus ihrer Wüsten Ruhe zu dringen. Sie, die so weibenschafliche, leicht Erregbare, Ueberempfindliche,

durch fränkende, wohlgezielte Stiche in Horn zu versetzen, sodas sie die Herrschaft über sich verlor. Auf diese Weise gelangte sie am raschesten zu ihrem Ziel und wahrte das nötige Uebergewicht, welches dieser Charakter zu seiner Demütigung erforderte.  
„Wie sehen Sie aus!“ begann sie daher streng.  
„Schauen Sie einmal in den Spiegel!“  
„Wie ich aussehe?“ entgegnete Claire betroffen, in der Tat flüchtig in den nahen Spiegel blickend und sich glänzend über das wirre Strengelock freudig. „Ich bin doch ganz ordentlich.“  
„Da sehen Sie mal Ihr Kleid an! Sie haben wohl auf der Erde gelegen?“  
„Gelesen!“ erwiderte Claire, noch möglichst beherrscht, kurz.  
„Und keine Zeit gefunden, sich zu säubern, ehe Sie zu mir kamen?“  
Das junge Mädchen presste die Lippen zusammen und schweig; aber ihre Augen begannen zu funkeln.  
„Wo haben Sie heute gearbeitet?“  
„Ich sollte Wein schneiden.“  
„Sie sollten! Statt dessen haben Sie natürlich wieder geschwätzt!“  
„Ja, ich habe gelesen!“ gestand Claire ehrlich und furchlos.  
„Das ist ja auch eine Arbeit!“ meinte die Majorin bissig. Claires rüchliche Offenkheit und Wahrheitsliebe, anstatt sie zu entwaffnen, ärgerte sie doppelt.  
„Das ist es, und eine mich ungleich mehr in Anspruch nehmende als Handarbeit!“ sagte Claire ohne jede Fronte.  
„Und das sagen Sie mir so mit aller Frechheit, ohne sich Ihres Müßigganges zu schämen?“ entgegnete die Majorin. „Sie sind nicht hier, nach Ihrem Gefallen zu bummeln, sondern Ihre Pflicht zu tun, verstehen Sie?“  
Jetzt flammte Claire auf.  
„Ich verbitte mir einen solchen Ton von Ihnen, Frau Majorin. Ich lasse mich nicht von Ihnen abkanzeln wie ein ungezogenes Kind! Sie sprechen zu einem erwachsenen Mädchen, welches Sie in einigen häuslichen Berichtigungen zu unterrichten haben, aber das Sie aber

keinerlei Rechte besitzen, verstehen auch Sie! Sie verkennen unsere beiderseitige Stellung!“  
Sie hatte es ausgerufen, hochrot, mit blickenden Augen; und die Frau sah, wie sie vor zorniger Leidenschaft am ganzen Körper bebte. Jetzt war der rechte Moment gekommen.  
„Tue ich das wirklich, liebe Claire? Ich glaube bel-nähe. Sie haben recht“, erwiderte sie mit eisigem Hohn.  
„Es ist daher wohl am besten, wir geben sie beiderseitig auf. Sie werden mich auch auf die Dauer zu kostbar - zu kostspielig vielmehr, meine ich.“  
„Was wollen Sie damit sagen?“ fragte Claire heftig.  
„Wann hat Ihnen Ihr Vater zuletzt geschrieben?“  
„Mein Vater, denke ich, hat nichts Hiermit zu tun!“ entgegnete Claire stolz abweisend.  
„Doch, mehr als Sie glauben“, sagte die Majorin kühl, „und in Ihrem Interesse liegt es, mir wahrheitsgemäß zu antworten. Ich frage, wann er Ihnen zuletzt geschrieben hat?“  
„Das weiß ich nicht mehr genau, vor längerer Zeit. Er schreibt nur selten“, entgegnete Claire beunruhigt.  
„Wissen Sie, wo er sich augenblicklich aufhält?“  
„Nein.“  
„Auch nicht, ob er seinen Verpflichtungen fernerehin noch auszuweichen beabsichtigt?“ examinierte die Frau bockhaft weiter.  
„Was antwortet Sie?“ entgegnete Claire heftig und unwillig. „Wollen Sie mit nicht lieber offen sagen, was Sie heute eigentlich gegen mich haben?“  
„Begen Sie persönlich, abgesehen von Ihrem sehr unpassenden, respektlosen Verhalten, nichts Besonderes, gegen Ihren Vater schon mehr. Es ist nicht fein, daß der Herr Baron so vergeblich gewesen, mir seit mehr als drei Monaten kein Geld für Sie zu schicken.“  
„Das ist nicht möglich!“ stammelte sie.  
„Ich habe ihm deshalb schon mehrere Briefe geschrieben, nach Gut Schönerken sowoh, als auch nach Berlin. Die ersten blieben ganz ohne Antwort, der letzte kam aus Berlin mit dem Vermerk zurück, daß Adressat in angegebener Wohnung nicht mehr wolle. Was sagen Sie dazu?“ (Fortsetzung folgt.)